
Protokoll

Sitzung Nr. 6
 Datum **Mittwoch, 19. Oktober 2016**
 Ort Aula des Schulhauses der Sekundarstufe I
 Zeit 19.30 bis 22.30 Uhr

Vorsitz	Peter Bähler	SVP 1
1. Vizepräsident	Hans-Jörg Rothenbühler	BDP 1
Stimmzählende	Michael Fust (<i>Ersatz für Ahila Gunaratnam</i>) Samuel Tschumi	SP 1 SVP 1
Mitglieder	Markus Dietiker Rudolf Gerber Hans-Jörg Rhyn Tharnan Selliah Petra Spichiger-Röllli Philip Steiner Patricia Zangger-Schöni	SP 7
	Elisabeth Aebi-Lehmann Valentine Aebi Stephan Bolliger Marco Bucheli Markus Burren Roland Guggisberg Marianne Pfister-Aebersold	SVP 7
	Urs Burkhalter Karin Hadorn Markus Hadorn	BDP 3
	Markus Bacher Patrick Heimann Patric Magnani Marcel Remund Stefan Stock Johanna Thomann Lemann	FDP 6
	Thomas Ackermann (<i>ab 19.45 Uhr</i>) Denise Mellert	CVP 2
	André Tschanz Karin Walker (<i>ab 20.15 Uhr</i>)	EVP 2
	Jürg Jenni Peter Kofel Dubravka Lastric Marceline Stettler-Schwenter	

	Bruno Vanoni	GFL 5
	Toni Oesch	fdU 1
		<u>37</u>
Abwesend	Shri Ahila Gunaratnam-Rajendra Matthias Kobel Bruno Mosimann	SP 1 SVP 2
Vertreter des Gemeinderates	Daniel Bichsel, Gemeindepräsident Mirjam Veglio, Vizegemeindepräsidentin Joseph Crettenand Sabine Huber-Spari Kurt Jörg Peter Traber Edi Westphale (<i>ab 19.55 Uhr</i>)	
Sekretär	Stefan Sutter	
Beigezogen	David Portner, Finanzverwalter, Geschäft Nr. 53	
Protokoll	Corinne Roll, Höhere Sachbearbeiterin (<i>abwesend</i>)	
Anzahl Zuhörende	7	
Anzahl Medien	2	

Geschäfte

51	Pro Protokoll	110
	Protokoll vom 21. September 2016	110
52	1.7.2 Politikplan	110
	Politikplan 2017 - 2021	110
53	1.601. Budget	114
	Budget 2017	114
54	25.321. Verpflichtungskredite	122
	Sanierung Abdankungs- und Bestattungsgebäude; Verpflichtungskredit.....	122
55	25.321. Verpflichtungskredite	124
	Böschung-, Bachbett- und Stützmauersanierung Chräbsbach; Teilstück historische Fussgängerbrücke bis Restaurant Reichenbach; Verpflichtungskredit	124
56	25.321. Verpflichtungskredite	127
	Sanierung Augsburgstrasse; Verpflichtungskredite	127
57	25.321. Verpflichtungskredite	128
	Ersatz Informatikausrüstung für die Primarstufe Zollikofen; Abrechnung Verpflichtungskredit	128
58	1.92. Parlamentarische Vorstösse	129
	Parlamentarische Eingänge	129

GROSSER GEMEINDERAT
Der Präsident Der Sekretär

Die Protokollführerin

Verhandlungen

Begrüssung

GGR-Präsident Peter Bähler (SVP): Herr Gemeindepräsident, liebe Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, geschätzte Ratsmitglieder, liebe Pressevertreter und Gäste. Ich begrüsse Sie zur Oktober-Sitzung des Grossen Gemeinderates. Finanzverwalter David Portner ist für das Geschäft Nummer 53 hier.

Entschuldigt haben sich vom GGR Ahila Gunaratnam, Bruno Mosimann und Matthias Kobel. Verspätet kommen Thomas Ackermann und Karin Walker. Vom Gemeinderat kommt ebenfalls später Edi Westphale. Entschuldigt ist auch Corinne Roll, Protokollführerin.

Ich stelle fest, dass 35 Volksvertreterinnen und -vertreter anwesend sind, demzufolge kann ich die Beschlussfähigkeit des GGR feststellen.

Mitteilungen

GGR-Präsident Peter Bähler (SVP): Nach der Sitzung hätte ich gerne das Ratsbüro vorne versammelt. Auf den Pulten finden Sie die Unterlagen zum Landgeschäft Schäferei. Die Behandlung ist für die November-Sitzung vorgesehen. Sie konnten es bereits den Medien entnehmen. Ebenfalls liegt der Flyer zum Politforum Thun 2017 auf.

Es war zu lesen: Daniel Bichsel ist als Gemeindepräsident für die nächste Legislatur bestätigt worden. Daniel, herzliche Gratulation (*Anm. d. Protokollführerin: Es wird applaudiert.*).

Wir haben heute viele Geschäfte zu behandeln, wir sind dankbar, wenn Ihre Voten kurz und bündig sind.

Gemeinderat Joseph Crettenand (SVP): In der letzten Woche sind Medienberichte über gesundheitsgefährdende Kunstrasenplätze erschienen. Bei den betroffenen Plätzen wurden Granulate verwendet, welche Weichmacheröl enthalten. Diese können krebserregend sein. Beim Neubau des Kunstrasenspielfeldes im Geisshubel wurden keine solchen Granulate eingebaut. Die verbauten Produkte auf dem Gemeindesportplatz sind gesundheitlich unbedenklich. Diese Mitteilung wurde bereits am 14. Oktober auf der Webseite der Gemeinde veröffentlicht.

Traktandenliste

GGR-Präsident Peter Bähler (SVP): Wir kommen zu den traktandierten Geschäften. Die Traktandenliste ist Ihnen zugestellt worden. Wird in Bezug auf die Reihenfolge der Traktanden ein Abänderungswunsch gemacht? Das ist nicht der Fall. **Die Traktandenliste wird genehmigt.**

GGR-Präsident Peter Bähler (SVP): Unsere zweite Stimmzählerin, Ahila Gunaratnam, ist heute Abend nicht anwesend und wir benötigen einen Stimmzähler oder eine Stimmzählerin. Wer hat Vorschläge?

Hans-Jörg Rhyn (SP): Wir schlagen Michael Fust vor.

GGR-Präsident Peter Bähler (SVP): Wird der Vorschlag vermehrt? Das ist nicht der Fall. Ich erkläre Michael Fust in Anwendung von Artikel 53 GOGGR als Stimmzähler für heute Abend als gewählt. Er hat das schon beim letzten Mal ausgezeichnet gemacht.

51 Pro Protokoll

Protokoll vom 21. September 2016

GGR-Präsident Peter Bähler (SVP): Wird das Wort verlangt? Es meldet sich niemand. Ich habe jedoch eine kleine Bemerkung. Auf Seite 113, zweiter Abschnitt, letzter Satz, werde ich bezüglich der Ballenpresse zitiert. Gesagt hat dies aber eine Seite früher, Seite 112 in der Mitte, Peter Traber. Im Originalprotokoll und im Protokoll auf der Webseite wird dies entsprechend geändert. **Das Protokoll wird genehmigt.**

52 1.7.2 Politikplan

Politikplan 2017 - 2021

GGR-Präsident Peter Bähler (SVP): Eintreten ist gemäss Geschäftsordnung gegeben. Zum Vorgehen: Nach den Voten der GPK und des Gemeinderates wird das Wort für eine allgemeine Runde für die Fraktionen und die Ratsmitglieder offen sein. Anschliessend besteht die Gelegenheit, zuerst zum Politikplan und anschliessend zum Finanz- und Investitionsplan gezielt Fragen zu stellen oder Bemerkungen anzubringen. Zuerst zum Allgemeinen.

GPK-Sprecherin Johanna Thomann (FDP): Die GPK bedankt sich für die saubere und verständliche Vorbereitung des Geschäftes. Zum Politikplan, Lösungsansatz 4 haben wir folgende Frage: Was bedeutet "Dritter Teil von neun"? Handelt es sich um die Sanierungstranchen oder um die Spielplätze?

Gemeinderat Joseph Crettenand (SVP): Die Frage der GPK kann wie folgt behandelt werden: Es handelt sich um neun Spielplätze, welche in neun Tranchen saniert werden sollen. Die neun Spielplätze verteilen sich auf zwei bei den Kindergärten Kläyhof und Häberlimatte, vier bei der Schulanlagen Geisshubel, Steinibach, Wahlacker und Zentral und dazu drei öffentliche Spielplätze an der Aarestrasse, Molkereistrasse und Schäferei.

GGR-Präsident Peter Bähler (SVP): Wir kommen zur allgemeinen Diskussion des Politikplans.

Markus Bacher (FDP): Im Sinne des Auftrages: Die FDP hat zur Kenntnis genommen. Kürzer kann ich es nicht mehr machen, aber es wäre etwas unhöflich. Die FDP bedankt sich für die Unterlagen. Es ist sicher nicht einfach so ein Dokument stringent zu halten. Es fusst auf mehreren anderen Unterlagen, dass alles so schön zusammenpasst. In diesem Sinne Dank an die Verfasser, wir werden uns beim Budget wieder äussern.

Petra Spichiger (SP): Wir haben den Politikplan gelesen und mit grosser Freude festgestellt, dass es Veränderungen gegeben hat im Vergleich zu den letzten Jahren. Man spürt, dass sich die Gemeinde vorwärts bewegt. Es gibt einen einzigen Punkt, der in diesen drei Politikplänen wortwörtlich immer wieder erscheint. Es handelt sich um Punkt 1.4.11 *"Die Schülerinnen/Schüler der 9. Klassen besuchen jeweils eine GGR-Sitzung."* Ich stelle mir die Frage, ob dieser Punkt nicht ernst genommen wird. Wenn er ernst genommen wird, sollte man auch Massnahmen ergreifen, um ihn zu erfüllen. Oder ist er einfach nur da, um da zu sein? Dann kann man ihn streichen. Sie müssen selber entscheiden, wie Sie es machen möchten.

Ich möchte es aber nicht unterlassen, ein herzliches Dankeschön an den Gemeinderat zu richten. Für mich ist es eine grosse Arbeit die dahinter steckt, "Copy paste" wäre einfacher, das wurde nicht gemacht. Zudem ist nicht nur grosse Arbeit geleistet worden, sondern es entsteht auch viel Arbeit daraus.

Bruno Vanoni (GFL): Wir können uns auch auf das konzentrieren, was anders ist als im letzten Jahr. Im Unterschied zur FDP widmen wir uns aber auch den Buchstaben und nicht nur den Zahlen. Der Politikplan ist ein Programm für die nächsten Jahre und verdient auch ein wenig Aufmerksamkeit. Wir haben ihn gelesen und auf Seite 10 gestutzt. Dort ist von acht Lösungsansätzen die Rede, die im Vergleich zum Vorjahr nicht mehr verfolgt werden. Acht von 32, ein Viertel. Was das bedeutet, wird in einer Fussnote erklärt und daraus kann man sich in ungefähr zusammenreimen, dass bei sieben Ansätzen kein Dienstleistungsabbau, bzw. -verzicht erfolgt. Aber was genau mit dem achten Ansatz passiert, erfahren wir nicht genau. Wir hätten erwartet, dass ein wenig transparenter und präziser dargelegt würde, worum es bei diesen Änderungen geht. Wir haben nachgefragt und bei der Verwaltung Auskünfte erhalten, dafür bedanken wir uns. Daraus geht hervor, dass die meisten der nicht weiter verfolgten Aufgaben im Politikplan in Zukunft als Daueraufgaben behandelt werden. Das ist für uns in Ordnung. Bei Ziffer 2.5 sind wir nicht überzeugt, ob das reicht. Dort war davon die Rede, ein umfassendes Konzept bezüglich Littering und Sprayereien zu haben und dieses auch umzusetzen. Die Antwort war, dass dies in die Leistungsbeschreibung des Werkhofes eingeflossen sei und die Thematik dort weiterverfolgt werde. Aus unserer Sicht reicht es aber nicht, wenn man den Kampf gegen Littering und Sprayereien den Mitarbeitenden im Werkhof überträgt und damit meint, das Problem sei gelöst. Wir bitten, diesem Problem auch in Zukunft die nötige Beachtung zu schenken und zu versuchen, das Problem "Littering" an der Wurzel zu packen. Nun noch zum einzigen Lösungsansatz, der gestrichen wird. Auf Anfrage haben wir erfahren, dass es hier um eine sogenannte "Dienstleistungsverschiebung" geht. Es ist der Lösungsansatz "Elternbildung und Elternberatung verstärken". Das falle nicht weg, sondern werde bei der Fachstelle Offene Kinder- und Jugendarbeit weitergeführt, sie mache jährlich Anlässe im Bereich Elternbildung/Elternberatung. Aus der Antwort geht leider nicht hervor, ob die Fachstelle Offene Kinder- und Jugendarbeit dafür mehr Mittel erhält, vielleicht erfahren wir in der Budgetberatung mehr davon. Im Budget werden ja auch Ausgaben im Bereich der Eltern- und Erwachsenenbildung gestrichen.

Die Streichung des Lösungsansatzes ist eine Massnahme aus der Aufgabenüberprüfung, die der Gemeinderat in Angriff genommen hat. Das ist auch der Grund, weshalb wir hier soviel reden. Die Aufgabenüberprüfung ist während zwei Sitzungen an einem gut vorbereiteten Runden Tisch mit Vertretenden aller Parteien angegangen worden. Über die Ergebnisse aber, die ins Budget eingeflossen sind, haben die Teilnehmer nie etwas erfahren. In den Unterlagen ist eine zusammenfassende Information, aber was konkret geprüft, beschlossen oder verworfen wurde, haben wir nicht erfahren. Wir erwarten, dass der Gemeinderat auch den GGR und die Öffentlichkeit über die Aufgabenüberprüfung informiert. Das könnte auch hilfreich sein im Hinblick auf das Budget, welches ein grosses Defizit vorsieht. Es wäre nützlich, den Stimmberechtigten zu erklären, dass man bereits begonnen hat, die Aufgaben zu durchforsten und erste Abstriche gemacht hat.

Markus Burren (SVP): Ich danke für den sauber abgefassten Politikplan. Wir haben ihn studiert, an der Fraktionssitzung behandelt und haben keine weiteren Bemerkungen.

Thomas Ackermann (CVP) tritt um 19.45 Uhr der Sitzung bei. Es sind 36 Ratsmitglieder anwesend.

Karin Hadorn (BDP): Auch wir von der BDP danken dem Verfasser für den informativen Politikplan, wir werden ihn zur Kenntnis nehmen. Gestutzt habe ich einzig beim Lösungsansatz "Alle 4 Jahre ein Dorffest durchführen". Er war unter der Rubrik "Nicht mehr zu finden". Ich hoffe nun einfach, dass das letzte Dorffest nicht wirklich das letzte sein wird.

Gemeinderätin Sabine Huber (FDP): Petra Spichiger hat gefragt, ob der Punkt 1.4.11 *"Die Schülerinnen/Schüler der 9. Klassen besuchen jeweils eine GGR-Sitzung"* ernst genommen wird. Ja, wir nehmen ihn ernst. Schulleitung und Lehrpersonen haben den Auftrag, dies umzusetzen.

Hans-Jörg Rhyn (SP): Eine Frage, Herr Präsident: Steht der Finanz- und Investitionsplan jetzt schon zur Diskussion?

GGR-Präsident Peter Bähler (SVP): Nein, noch nicht. Wir kommen zur Detailberatung des Politikplanes.

Toni Oesch (fdU): Seite 6: Dort heisst es unter "Chancen von morgen": Alterszentrum mit europäischem Vorzeigecharakter."

Bruno Vanoni (GFL): Seite 12, Lösungsansatz 3.1.1.1, *"Reglement über die Ausrichtung von Beiträgen an schützenswerte Bauten und Vernetzungsbeiträgen an die Landwirtschaft überarbeiten."* Wir unterstützen die Überarbeitung. Wir haben im Juni mit einer Motion Anregungen gemacht. Wir erwarten, dass die neuen kantonalen Vorgaben, die offenbar erst im Entstehen sind und kurzfristig eingeführt werden, für die Landwirte Zollikofens keine Verschlechterungen bringen. Stutzig gemacht hat uns, dass im Budget keine Beiträge mehr vorgesehen sind für die Umsetzung des Reglementes. Wir liessen uns belehren: Das kann wegen der Änderungen auf Kantonsebene nicht mehr budgetiert werden. Die nötigen Mittel sollen notfalls über einen Nachkredit bereitgestellt werden.

Auf Seite 13, 3.2.1.2, *"Verabschiedung des Umweltkonzeptes"*: Wir hoffen, dass das aktualisierte Konzept der Zielsetzung des Lösungsansatzes auch gerecht werden kann: *"Energie-stadt weiterentwickeln und erneuerbare Energien fördern."*

Seite 13, 3.6.1.1, *"Erfolgskontrolle beim Ersatzweiher im Buchsiwald durchführen"*. Das ist gut und recht, aber zuerst muss der Weiher gebaut werden. Auf Anfrage haben wir erfahren, dass im Oktober das Baubewilligungsverfahren in die Wege geleitet werden soll. Wir rechnen mit dem Bau im Jahr 2017 und gehen davon aus, dass im Budget die nötigen Mittel dafür eingestellt sind.

Gemeinderat Edi Westphale (GFL) tritt um 19.55 Uhr der Sitzung bei.

GGR-Präsident Peter Bähler (SVP): Wir kommen zum Finanz- und Investitionsplan.

Gemeinderat Kurt Jörg (SVP): Ich möchte ein paar Erläuterungen zum Finanz- und Investitionsplan machen. Sie haben ihn gelesen und festgestellt, dass es nicht sehr erfreulich ist, was darin steht. Bis auf das Ausnahmejahr 2018, in dem das Altersheim verkauft wird. Der Erlös des Landes Schäfererei wurde nirgends eingerechnet, weil nicht sicher ist, wann dies passiert. Der gesamte Finanz- und Investitionsplan ist über die ganze Planungsperiode mit Steuerfuss 1,4 gerechnet worden, also gleich wie heute.

Der Bilanzüberschuss ist auf 8 Mio. Franken gesunken, die einmaligen 5 Mio. Franken, die wir abgeschrieben haben, sind darin enthalten. Deshalb der grosse Sprung. Sie sehen auch den Durchschnitt des Selbstfinanzierungsgrades, er ist schlecht. Was ich hier erzähle ist Vergangenheit. Wir hatten die Steueranlage, die gleich geblieben ist seit 2010. Punkt 6, "Einfluss auf die Planung": Dort ist das dritte Lemma zu erwähnen, wo in Aussicht gestellt wird, was alles für Steuerkorrekturen passieren könnten. Bis auf Eine haben alle negative Folgen, sprich, weniger Steuereinnahmen. Leider können diese Ausfälle nicht so beziffert werden, dass man sie in die Planung einschliessen kann. Wir haben von der Kantonalen Steuerverwaltung schlicht zuwenig Zahlen, um das seriös einrechnen zu können.

Der Lastenausgleich: Dort ist eine stetige Zunahme über die ganze Planperiode festzustellen. Ausser bei den Rechnungsergebnissen 2018, welche ich vorher erwähnt habe, das Betagtenheim schlägt dort zu Buche, schliessen wir in allen Planperioden mit Defizit ab. Wir werden von den Reserven des Finanzüberschusses zehren müssen. Das ist nicht gut. Wir werden in der nächsten Amtsperiode ernsthaft darüber reden müssen, was wir machen sollen. Die

Schere Ausgaben/Einnahmen geht auseinander. Hier zuzuschauen, bis wir keine Reserven mehr haben, wäre falsch, das möchte ich mit aller Deutlichkeit erwähnt wissen. Dann kommt die Veränderung der Verschuldung in den Planjahren. Bis jetzt konnten wir ohne Fremdkapital leben, oder mit kurzfristigen Überbrückungskrediten, die wir zurückzahlen konnten. Logisch ist dann die Entwicklung des Eigenkapitals. Der Selbstfinanzierungsgrad ist miserabel. Wir kommen nahe daran, die laufenden Ausgaben nicht mit den laufenden Einnahmen bezahlen zu können. Das ist für eine Gemeinde das Schlechteste, was passieren kann. Zu den Bemerkungen wegen des Runden Tisches: Bei der Überprüfung der Verwaltung gingen rund 200 Vorschläge ein. Der Gemeinderat hat diese geprüft und so viele wie möglich ins Budget eingebaut. Es sind auch längerfristige Sachen dabei, die vollständig abgeklärt werden müssen. Eingeflossen in das Budget sind circa Fr. 95'000.00, die weniger Ausgaben bewirken. Vorgesehen ist, wenn es reicht, im Dezember eine Sitzung einzuberufen, an der die Zahlen so aufbereitet werden, dass eine Information Sinn macht. Für Fragen stehen wir zur Verfügung.

GGR-Präsident Peter Bähler (SVP): Gibt es Bemerkungen zum Bericht?

Markus Burren (SVP): Wir danken den Verfasserinnen und Verfassern für den sauber abgefassten Bericht, der leider nicht sehr erfreulich ausgefallen ist. Insbesondere wenn wir den Selbstfinanzierungsgrad anschauen und dazu noch die Abschlussprognose 2016 miteinbeziehen. Mit Ausnahme von 2018, Verkauf Betagtenheim, lässt der Selbstfinanzierungsgrad mehr als nur zu wünschen übrig. Leider nehmen die Steuereinnahmen nicht so stark zu wie gewünscht, beziehungsweise geplant. Hingegen steigen die Ausgaben Jahr für Jahr kontinuierlich. Wenn wir die Ausgabensteigerung nicht in den Griff bekommen, müssen wir zwangsläufig spätestens im Jahr 2019 über eine Steuererhöhung diskutieren oder kommen nicht mehr darum herum.

Es ist einfach gesagt, dass man mehr Steuern generieren will, aber wenn wir das Umfeld anschauen, den Arbeitsmarkt, ist das nicht so einfach. Wenn Stellen gestrichen werden, hat das auch für uns als Agglomerationsgemeinde der Stadt Bern Folgen.

Hans-Jörg Rhyn (SP): Die finanzpolitischen Ausführungen des Gemeinderats im Politikplan, im Finanz- und Investitionsplan und schliesslich im Bericht und Antrag zu diesem Ratsgeschäft sind realistisch und einleuchtend. Wir leben in einer wirtschaftlich unsicheren Zeit und es gibt etliche exogene Faktoren, welche die Unsicherheiten verstärken und die Gemeindefinanzen beeinflussen können. Die Aussichten sind eher düster. Vor allem die stagnierende Entwicklung der Steuererträge, Markus Burren hat darauf hingewiesen, und die negativen Auswirkungen der Unternehmenssteuerreform III versprechen für die Zukunft nichts Gutes.

Es ist schon erstaunlich, zu welch überbordenden Steuergeschenken an ausländische Grosskonzerne und andere grosse Unternehmen sich die Eidgenössischen Räte haben hinreissen lassen, ohne jede Rücksicht auf die finanziellen Folgen für die Kantone und Gemeinden. Unter dem Deckmantel der Wettbewerbsfähigkeit im internationalen Steuerwettbewerb werden Milliarden an die ganz Grossen im In- und Ausland verschenkt und die Kleinen, also Familienhaushalte und Einzelpersonen mit Lohnausweis, müssen die Folgen tragen, weil die Steuerzufälle auf Bundesebene nicht gegenfinanziert sind und natürlich irgendwo und irgendwie kompensiert werden müssen.

Noch erstaunlicher ist die Tatsache, dass keiner unserer urchigen Eidgenossen dagegen aufbegehrt. All jene, die sonst jeden Einfluss vom Ausland vehement ablehnen, sind offenbar bereit, diese übertriebenen Milliardengeschenke zu akzeptieren und einverstanden damit, dass das gewöhnliche Volk die Folgen zu tragen hat. Wir von der SP sind aber mit diesem Zauber nicht einverstanden und haben mit dem Referendum dafür gesorgt, dass das Volk darüber entscheiden kann.

Wir hoffen, dass das Schweizer Volk merkt, wie es mit dieser extra komplizierten Gesetzesvorlage getäuscht werden soll. Einmal mehr getäuscht werden soll, könnte man auch sagen, in Erinnerung an Hans-Ruedi Merz und seine Unternehmenssteuerreform II.

In diesem Zusammenhang wäre es auch wichtig, die Auswirkungen auf unsere Gemeindefinanzen noch vor der Volksabstimmung, sie kommt wahrscheinlich im Februar, ungefähr zu kennen. Es kann ja nicht sein, dass unser Finanzplan in Zukunft jedes Jahr um wesentliche

Beträge zusätzlich verschlechtert wird, nur um den grössten Privatunternehmen ihre Gewinnmarge zu erhöhen.

Vom Politikplan, Finanz- und Investitionsplan und den nicht gerade optimistischen Ausführungen des Gemeinderates nehmen wir in diesem Sinne Kenntnis.

Toni Oesch (fdU): Du hast recht, Hans-Jörg, wir haben keinen Einfluss auf die eidgenössische Politik. Wir brauchen dies hier gar nicht zu diskutieren, wir können es nur zur Kenntnis nehmen. Der Abstimmungskampf findet dann im Februar statt.

Beschluss

Der Politikplan 2017 - 2021 wird zur Kenntnis genommen.

53 1.601. Budget

Budget 2017

GGR-Präsident Peter Bähler (SVP): Eintreten auf das Geschäft ist gemäss Geschäftsordnung des GGR vorgegeben. Auch hier zum Vorgehen: Nach den Voten der GPK und des Gemeinderates wird das Wort zuerst für eine allgemeine Runde für die Fraktionen und danach für die Ratsmitglieder offen sein. Anschliessend wird im Detail das blaue Heft diskutiert. Danach nehmen wir das grüne Dossier, "Produktedefinition/Produktbudget 2017, Sekundarstufe I" und zum Schluss die Abstimmungsbotschaft durch.

GPK-Sprecherin Johanna Thomann (FDP): Die GPK bedankt sich für die saubere und verständliche Vorbereitung des Geschäftes. Zum Bericht und Antrag: Die Fachausdrücke in Englisch, wie zum Beispiel Management Summary, true and fair view, erscheinen störend. Wir bitten, darauf zu verzichten.

Gemeinderat Kurt Jörg (SVP): Auch beim Budget möchte ich nicht allzu lange reden. Sie haben es sicher studiert. Wir schliessen mit einem Defizit von fast Fr. 800'000.00 ab. Das ist schlecht. Auch die Abschlussprognose ist schlecht, allerdings nicht ganz so schlecht, wie prognostiziert. Was nennenswert ist: Sie haben bei den Steuereinnahmen eine Steigerung, das zeigt die letztjährige Abschlussprognose. Bei den Einkommenssteuererträgen, dort sind es Fr. 75'000.00. Das zeigt das gute Abbild der Wirtschaft und die Zunahme der Bevölkerung von der ein Teil Eigentumswohnungen erwirbt. Ansonsten ist einer der Gründe die Wirtschaft, die wohl doch nicht ganz so rosig ist.

Die Aufgabenüberprüfung habe ich schon erwähnt. Die Spezialfinanzierungen sind auch wieder aufgeführt. Halten wir uns einfach vor Augen, dass es so nicht weitergehen kann. Nur dank der soliden Finanzlage der letzten Jahre kann das so akzeptiert werden, mit Blick auf 2018.

Ich bitte Sie im Namen des Gemeinderates, dem Budget zuzustimmen.

Karin Hadorn (BDP) tritt um 20.15 Uhr der Sitzung bei. Es sind 37 Ratsmitglieder anwesend.

GGR-Präsident Peter Bähler (SVP): Das Wort ist offen für die allgemeine Runde.

Markus Hadorn (BDP): Alle Jahre wieder Budgetdebatte und alle Jahre wieder ein Defizit, ausser für 2018, wenn der Erlös Betagtenheim einfliesst. Für das saubere und aufwändig präsentierte Geschäft danken wir der Verwaltung und Finanzverwalter David Portner ganz herzlich. Wir haben das Budget genauer angeschaut und im ersten Moment auch den Rahmen bewertet. Er hat sich geändert, als wir im Finanz- und Investitionsplan gelesen haben, dass sich das Defizit gegenüber dem letzten Finanzplan 2016 bis 2020 pro Jahr zwischen Fr. 200'000.00 und Fr. 300'000.00 verschlechtert hat. Kurz vor unserer Sitzung haben wir erfahren, dass sich die Abschlussprognose für die Rechnung 2016 um nochmals fast Fr. 500'000.00 auf 1,5 Mio. Franken verschlechtern soll. Das kann doch nicht sein. Jeder von

uns würde dies privat nicht akzeptieren, wenn in den nächsten fünf Jahren jedes Jahr schlechter wäre. Ausser eben die Verschönerung 2018. Den Erlös aus dem Verkauf Betagtenheim hätte man sowieso nicht ins Budget stellen dürfen. An jeder Herbstsitzung halten wir den Mahnfinger auf, dass gespart werden soll. Wir hätten vom Gemeinderat erwartet, dass es möglich ist, ein ausgeglichenes Budget zu präsentieren und wenn man die Steuern nicht anheben will, halt die Ausgaben senken muss. Darum stimmen wir dem Budget heute so nicht zu.

Marcel Remund (FDP): Wir befassen uns mit Zahlen, aber auch mit den Inhalten. Denn die muss man hinter den Zahlen eben auch verstehen. Ich bedanke mich im Namen der FDP-Fraktion beim Finanzverwalter und seinem Team für die wie immer sehr gute und transparente Darstellung des Budgets und für die Abschlussprognose.

Was wir aus den Zahlen herauslesen, ist alles andere als erfreulich. Auch im nächsten Jahr plant die Gemeinde mit einem Defizit in der Laufenden Rechnung und kann die Investitionen nur mangelhaft selber finanzieren. Die gleichen Feststellungen mussten bereits in den Vorjahren gemacht werden. Auch der Blick in den Finanzplan zeigt keine Besserung auf. Das strukturelle jährliche Defizit in der Erfolgsrechnung des Steuerhaushaltes liegt ohne Gegenmassnahmen in den Jahren 2017 - 2021 bei über 1 Mio. Franken. Von Einmaleffekten wie dem Verkauf des Betagtenheims sollte man sich nicht blenden lassen. Sie verschaffen zwar etwas Zeit, so dass die Finanzschulden nicht weiter ansteigen und das Eigenkapital geäufnet werden kann. Nachhaltig ist dies jedoch nicht.

Wir anerkennen, dass mit der internen Aufgabenüberprüfung ein erster wichtiger Schritt gemacht wurde. Die daraus resultierenden Einsparungen von Fr. 95'000.00 sind jedoch bescheiden. Dies weist darauf hin, dass mit kleineren Massnahmen die Defizite nicht beseitigt werden können. Daher liegt es an der Politik, eine Verzichtsplannung von selbst gewählten Gemeindeaufgaben an die Hand zu nehmen.

Die grössten Ausgabenposten, Soziale Sicherheit und Bildung, wachsen ungebremst weiter. Der Einfluss der Gemeinde ist in diesen Bereichen aufgrund übergeordneter Vorgaben klein. Aber trotzdem ist, speziell in der wirtschaftlichen Sozialhilfe, der noch vorhandene Handlungsspielraum konsequent zugunsten der Gemeindekasse zu nutzen.

Steuererhöhungen kommen für die FDP nicht in Frage. Um die Steuererträge zu erhöhen, sind vielmehr Rahmenbedingungen zu verbessern, um neues Steuersubstrat zu generieren. Die Schaffung von neuem attraktivem Wohnraum sollte zum Beispiel nicht weiter durch langwierige Einsprachen behindert werden.

Da die SP vorher Werbung für ihr Referendum "Steuerreform" gemacht hat, möchte ich erwähnen, dass es nicht die internationalen Konzerne sind, die entlastet werden. Deren Steuerniveau bleibt dank der Reform etwa gleich hoch. Vielmehr werden die Kleinen entlastet, davon können sicher auch einige in Zollikofen profitieren. Die Auswirkungen auf die Gemeindekasse wird man sehen, das muss dann der Kanton umsetzen. In die richtige Richtung geht die Senkung der Wassergebühren. Die Reserven der Spezialfinanzierungen sollten nicht höher als rund 50 % des betreffenden Jahresumsatzes sein. In der Spezialfinanzierung Wasser wäre daher sogar eine höhere Gebührensenkung vertretbar gewesen.

Die FDP-Fraktion wird trotz den düsteren Aussichten dem Budget 2017 zustimmen. Damit ist die Erwartung verbunden, dass Massnahmen zur Ausgabensenkung baldmöglichst umgesetzt werden können.

GGR-Präsident Peter Bähler (SVP): Wir diskutieren über das Budget 2017 und nicht über darüber, Steuergeschenke zu haben oder nicht zu haben.

Hans-Jörg Rhyn (SP): Wenn nur die Kleinen profitieren, wird es ja in Zollikofen nicht so schlimm werden.

Zum Budget: Die nach wie vor aktuelle Einführung des neuen Rechnungsmodells bringt viele materielle Neuerungen, insbesondere bei den Abschreibungen. Darüber wurden wir letztes Jahr orientiert und wir haben mit einer ausserordentlichen Abschreibung von 5 Mio. Franken auf dem Verwaltungsvermögen damals schon die zehn kommenden Erfolgsrechnungen entlastet, mit jährlich einer halben Million kleinerer Abschreibungen.

Die Laufende Rechnung, das voraussichtliche Ergebnis 2016 und das Budget 2017 zeigen schon heute, wie wichtig diese Massnahme gewesen ist. Der Weitsicht des Finanzverwalters und dem rechtzeitigen Antrag des Gemeinderates sei Dank! Selbstverständlich sei auch jenen Ratsmitgliedern gedankt, die im letzten Herbst der Abschreibung zugestimmt haben.

Der Bericht und Antrag zum heutigen Geschäft zeigt die Anstrengungen des Gemeinderates und der Verwaltung auf, im nächsten Jahr möglichst ein gutes und zumindest akzeptierbares Budgetergebnis zu erreichen. Das Budget ist in der Verwaltung, in der Finanzkommission und im Gemeinderat mehrmals "gestrahlt" worden. Die Beträge, die dabei gefunden und gestrichen werden konnten, sind zwar nicht unwichtig, aber im Verhältnis zu Gesamtausgaben von 47 Mio. Franken doch eher bescheiden. Dazu kommt, dass im Budget auch das Ergebnis der internen Aufgabenüberprüfung enthalten ist. Sie hat über 200 detaillierte Vorschläge ergeben, die vom Gemeinderat geprüft und bewertet worden sind. Das Budget 2017 ist damit um Fr. 95'000.00 verbessert worden. Die weitergehende Prüfung ist noch im Gang.

Unter diesen Voraussetzungen verzichtet die SP-Fraktion in der Detailberatung auf Anträge. Wir schliessen uns den Ausführungen des Gemeinderates auf den Seiten 10 und 11 des Berichtes vollumfänglich an und stimmen seinen Anträgen ebenso vollumfänglich zu. Das Budget 2017 ist tragbar und kann genehmigt werden. Eine Ablehnung würde die finanzielle Lage und die wirtschaftliche Umgebung nicht verändern.

Marceline Stettler (GFL): Im Prüfungsbericht der Treuhandgesellschaft konnte ich folgendes lesen: *„Das Rechnungswesen der Einwohnergemeinde wird umsichtig und sorgfältig geführt und befindet sich insgesamt auf einem hohen Qualitätsniveau“*. Im Namen der GFL bedanke ich mich bei den betreffenden Mitarbeitern und Verantwortlichen. Auch die Anpassung auf HRM 2 ist aus unserer Sicht ohne nennenswerte Probleme über die Bühne gegangen. Schön, ein Votum mit positiven Information beginnen zu können. Auch unsere Fragen wurden zackig beantwortet.

Ich habe noch mehr Positives gelesen, nämlich in der Botschaft unter Punkt 20: *„Die Gemeinde Zollikofen verfügt über eine intakte Finanzlage. Die Finanzkennzahlen, welche einen Gradmesser der Finanzlage darstellen, weisen in der Vergangenheit im mehrjährigen Durchschnitt genügende Werte auf. Diese vergangenheitsbezogenen Aussagen dürfen jedoch mit der künftigen Entwicklung des Finanzhaushaltes nicht gleichgesetzt werden, welcher weiterhin sorgsam zu beobachten ist.“*

Bei einem zu erwartenden Defizit von rund 1,3 Mio. Franken ist „sorgsam beobachten“ aus unserer Sicht etwas gar sorgsam ausgedrückt. Unsere finanzielle Lage ist düster! Sicher haben wir auch mehr Substantielles von der Aufgabenüberprüfung erhofft und wir wissen auch, dass der Verkaufserlös des Betagtenheims helfen wird, Löcher zu stopfen. Trotzdem sind wir der Meinung, dass die Bevölkerung sachlich und klar informiert werden sollte über die Tatsache. Wir leben auf zu grossem Fuss. Zu dieser Erkenntnis sind wir bereits vor einem Jahr gekommen. Irgendeinmal wird uns dieser Satz einholen. Die GFL wird dem Budget trotzdem zustimmen, jedoch ohne Begeisterung.

Markus Burren (SVP): Wir danken den Verfassern für das sauber abgefasste Budget. Sie haben es gehört: Fr. 70'000.00 Mehreinnahmen bei den Steuern und ein Defizit von knapp Fr. 800'000.00. Das sind Fakten. Bekanntlich lassen sich so schlechte Zahlen nicht gutreden. Besonders wenn man die Abschlussprognose 2016 mit einem prognostizierten Defizit von 1,3 Mio. Franken miteinbezieht.

Zur Erinnerung an all die Prediger, die sagen: "Wir können nichts machen, unsere Ausgaben steigen einfach". Mehrausgaben werden hauptsächlich durch Vorstösse hier im Parlament ausgelöst. Oder bei den Kommissionen. Dort wo man das Gefühl hat, hier oder da seien noch 1'000 Franken möglich. Dort fängt es an mit den Ausgaben. Im GGR 500 Franken streichen zu wollen, bringt nichts. Schauen Sie bei den Kommissionen genauer hin. Die SVP-Fraktion wird dem vorliegenden Budget zustimmen.

Toni Oesch (fdU): In der Botschaft an die Stimmberechtigten heisst es, *„Die Rechnungsabschlüsse der Vorjahre haben den Finanzhaushalt auf eine solide Basis gestellt“*. Das ist nur eine Momentaufnahme. Die Vergangenheit muss genauer angeschaut werden. Zur künftigen

Finanzlage wird gesagt *"diese ist weiterhin sorgsam zu beobachten"*. Wir meinen, "zueluege" genügt nicht, handeln ist wichtig. Zum Finanzplan sagt der Gemeinderat, dass in den Planjahren bei gleichbleibenden Aufwandüberschüssen eine Steuererhöhung nicht auszuschliessen sei.

Einige Aussagen zur Vergangenheit: Die Überabschreibung von 5 Mio. Franken Ende 2015 war ein Verstoß gegen die Kontinuität in der Rechnungslegung. Dadurch ist nicht nur die Vergleichsbasis gestört worden, sondern auch ein sachlich gerechtes Handeln. Dieses Handeln bezieht sich zum Beispiel auf den gewollten Verkauf von Bauland in der Schäferei und auf den tatsächlichen Verkauf des Betagtenheims inklusive Land. Man hat mit diesen 5 Mio. Franken das Eigenkapital unnötig reduziert. Dann hat man die Verkäufe tätigen müssen, damit man es wieder aufstocken konnte. Ich habe hier im GGR Kurt Jörg gefragt, was der Gemeinderat mit dem Geld im Sinn hat. Die Antwort war: "Wir legen es ins Eigenkapital".

Man kann aber diese Annahme umkehren: Der Verkauf ist schon lange vorbereitet und einem möglichen Käufer versprochen worden. Dann hat man den Verkauf ausschreiben müssen. Danach hat sich noch eine Organisation gemeldet, die für Lernende das Haus erwerben wollte und sogar noch 1 Mio. Franken mehr geboten hat. Aber die hat man leerlaufen lassen. Jetzt wird viel Cash erwartet und dadurch wird sich das Eigenkapital erhöhen. So beschliesst man noch rasch einen Kunstgriff, nämlich eine Überabschreibung von 5 Mio. Franken, um das Eigenkapital zu senken. Der Gemeinderat schreibt unter Ziffer 9.2 zum Finanzplan, dass die Höhe des Eigenkapitals kein primäres Ziel für die Steuerung des Finanzhaushaltes ist. Das ist vor nicht langer Zeit anders gewesen. Man hat immer darauf geachtet, Reserven zu äufnen, auch bei Steuersenkungen.

Zum Verkauf unseres Betagtenheims: Wenn die Stimmberechtigten im Jahr 2016 über den Verkauf hätten abstimmen können, wäre er abgelehnt worden, nicht nur wegen der falschen Versprechungen bezüglich dem Ersatz an der lärmigen Bernstrasse. Aber man hat das Volk umgangen. Der GGR hätte es in der Hand gehabt, eine Korrektur der Abstimmung vom Jahr 2010 zu vollziehen.

Damals wurde die Einheit der Materie verletzt, der Verkauf einerseits und die Delegation an den GGR andererseits. Aber von Regierungstatthalter Christoph Lerch, SP, ist das genehmigt worden. Das wäre unter den Regimes der Regierungstatthalter Frey, Hubacher und Zimmermann anders gewesen.

Zum wohnlichen Zollikofen gehört auch die Wiederherstellung der direkten Demokratie, das heisst, obligatorische Volksabstimmungen bei Ein- und Umzonungen und bei Verkauf von Gemeindeland und -immobilien. Ein Verkauf ist kurzfristig, die Abgabe von Land im Baurecht dagegen, garantiert gute Erträge und zwar für mehrere Generationen. Dieser Verkauf erinnert mich an die Fabel von La Fontaine wie sie früher im Schullesebuch stand, nämlich "La cigale et la fourmi": Dort fragt vor dem Winter die ausgehungerte Grille die arbeitsame Ameise: "Kannst Du mir Korn geben?". Da fragt die Ameise zurück: "Was hast Du den ganzen Sommer gemacht?". "Ich habe getanzt"; "Also, tanz nur weiter" antwortet die Ameise. Für Zollikofens Finanzen abgeleitet heisst das ungefähr: Das teuer und mit viel Fleiss erworbene Silberbesteck wird "vergänglich", das Geld verbraucht, über die Verhältnisse gelebt und nachher werden die Steuern heraufgesetzt. Zur Wohnlichkeit gehören gesunde Finanzen und -aussichten. Einige Bemerkungen zum Bericht und Antrag:

Seite 1: Änderung der Abschreibungspraxis ab dem Jahr 2016: Das war dringend nötig, weil die bisherige Praxis Abschreibung vom Buchwert investitionshemmend gewesen ist.

Seite 3: Abschreibung des Verwaltungsvermögens per 1.1.2016: Der Gemeinderat hat sich für eine Abschreibungsdauer von 10 Jahren entschieden. Gesetzlich möglich wären 16 Jahre, wie dies zum Beispiel Köniz anwendet. In Zollikofen würde das eine Budgetverbesserung von Fr. 500'000.00 pro Jahr ausmachen. Das ist eine bewusste Verschlechterung unserer Finanzlage und sowieso eine Spinneridee, dass Schulhäuser, das Gemeindehaus, Strassen und so weiter innert 16 Jahren nichts mehr wert sein sollen.

Seite 4: Hier wird der Übergang von HRM1 auf HRM2 beschrieben. In der dritten Spalte des blauen Budgetheftes sind nur die Budgetzahlen des Jahres 2015 aufgeführt. Das führt zu falschen Entscheiden bezüglich des Budgets 2017, weil für 2016 auch nur die Budgetzahlen aufgeführt werden. Begründet wird dieses Vorgehen mit einem unverhältnismässigen Auf-

wand. Das ist kaum verständlich, weil sogar die Zahlen des Budgets 2015 nach dem Kontenplan des HRM2 aufgeführt sind. Wenn diese Arbeit einer Treuhandgesellschaft übergeben worden wäre, wäre das in einem Tag erledigt gewesen. Wenn man die richtige Basis zum Vergleich heranziehen will, muss man im roten Heft des Abschlusses 2015 diese Zahl suchen. Seite 5: Erfreulich wäre, wenn der Sach- und Betriebsaufwand im Jahr 2017 gegenüber 2016 tatsächlich um 3,8 % abnehmen würde. Darin sind Exkursionen erwähnt. Frage: Um Welche handelt es sich?

Seite 6: Die Ergänzungsleistungen EL machen 2,32 Mio. Franken aus. Die neue Finanzierung der Betreuung und Pflege der Betagten spielt hier eine Rolle. Mit der Erhöhung der Taxen zugunsten der Heimbetreiber müssen mehr Bewohner höhere EL beziehen, also Steuergelder. Zum System des Lastenausgleichs: Es muss immer wieder darauf hingewiesen werden, dass auch der Kantonsanteil unsere Steuern betrifft. Viele meinen immer noch, Aufgaben wie die Sozialhilfe, Kinder- und Jugendarbeit, Kindertagesstätte, Alimentenwesen und weitere würden uns nichts kosten.

Seite 7: Ab 1. Januar 2017 wird unser Betagtenheim von der Senevita AG betrieben. Dadurch erhalten wir Fr. 125'000.00 mehr im Jahr als bis jetzt, also total Fr. 362'000.00 ohne einen Finger zu rühren. Die Senevita gehört seit März 2014 der französischen, börsenkotierten Orpea-Gruppe. Die vielen freiwilligen Helfer werden dann für die Aktionäre dieser Gruppe arbeiten.

Seite 9: Da wird darauf hingewiesen, dass eine Zunahme der Wohnbevölkerung sich kostensteigernd auf die verschiedenen Lastenverteilungssysteme auswirkt, wie zum Beispiel an den direkten Finanzausgleich. Das muss man denen sagen, die ein Wachstum unserer Bevölkerung von 8 % gemäss Ortsplanung wünschen, mit Verdichtung in den Wohnquartieren zur unwohnlichen Stadt.

Seite 10: Die Abschlussprognose für 2016 zeigt statt eines Defizits von Fr. 850'000.00 ein solches von 1,3 Mio. Franken. Das ohne Gewähr.

Seite 11: Eine interne Aufgabenüberprüfung habe im 2016 stattgefunden. Ins Budget 2017 seien dabei Einsparungen von Fr. 95'000.00 eingeflossen. Das ist eine Alibi-Übung. Eigentlich sollte eine ASP durchgeführt werden, eine Ausgaben- und Strukturüberprüfung, wie wir sie schon mehrmals angeregt haben und wie sie beim Kanton und vielen Gemeinden durchgeführt worden ist. Dazu braucht es die Legislative und zugezogene Fachleute.

Finanzverwalter David Portner: Die Exkursionen betreffen die Bildung und hier die Primarschule. Es sind mehr Lager geplant. Die Sekundarschule hat einen Grossanlass, der ebenfalls gewisse Auswirkungen auf das Budget 2017 hat.

GGR-Präsident Peter Bähler (SVP): Wir kommen zur Detailberatung, das ist das blaue Heft.

Toni Oesch (fdU): Seite 9, Konto 1110.4170.01: 2015 waren dort Fr. 9'600.00 Einnahmen. Wenn man aber im roten Büchlein schaut, waren es Fr. 19'440.00. Ich frage den Gemeinderat, ob er jetzt keine Kontrollen mehr machen will, keine Blitzlichter mehr bei den Autos? Schade, dass hier 2016 die effektiven Zahlen nicht aufgeführt sind. Auf diese Frage hätte ich gerne eine Antwort.

Gemeinderat Edi Westphale (GFL): Radarbussen gehen nicht in die Gemeindekasse, die Kantonspolizei verteilt die Bussen und das Geld fliesst dort in die Kasse. Wir haben keine Gemeindepolizei mehr, also auch keine Einnahmen von dieser Seite her. Die hier dargestellten Einnahmen betreffend den ruhenden Verkehr, also zum Beispiel beim Freizeithaus, wo blaue Zone ist, dort überprüft die Securitas. Das werden wir weiterhin aufrechterhalten.

Toni Oesch (fdU): Ich bin nicht einverstanden. Haben wir denn so viel weniger Bussen erteilt? Ich finde es zudem nicht in Ordnung, dass der Kanton auf unseren Quartierstrassen einkassiert.

Gemeinderat Edi Westphale (GFL): Im Grossen Rat ist die Revision des Polizeigesetzes im Gange. Ein grosses Thema dort sind die Radarkontrollen. Und bei uns werden nicht weniger

Kontrollen gemacht, es wird eher defensiv budgetiert. Aber es gibt auch einen Lerneffekt: Wer eine Busse bekommt, wird das Auto eben vielleicht nicht mehr falsch oder zu lange parkieren. Anders gesagt: Vielleicht greift einfach auch die Kontrolle.

Michael Fust (SP): Seite 14, Konto 2181, Schulferienbetreuung: Bei den Erläuterungen und Kommentaren wird darauf hingewiesen, dass das Angebot nur sehr spärlich genutzt wird. Gleichzeitig gab es eine Bedürfnisabklärung, rund 30 % der Familien mit schulpflichtigen Kindern meldeten Bedarf an. Da gibt es eine Diskrepanz. Dafür gibt es sicher mehrere Gründe: Die Kosten sind vermutlich für manche Eltern zu hoch. Ein anderer Grund könnte sein, und hier rede ich aus meiner Erfahrung als dreifacher Vater, die fehlende Planbarkeit. Wenn man bis kurz vorher nicht weiss, ob ein Betreuungsangebot zustandekommt, nützt es nichts. Man braucht Planungssicherheit und schwenkt sonst auf etwas anderes um. Darum finde ich es schade, dass in der Projektphase keine Justierungen vorgenommen wurden, zumal festgestellt wurde, dass es nicht so funktioniert hat, wie die Bedürfnisabklärung ergeben hat.

Bruno Vanoni (GFL): Seite 16, Konto 2991, Erwachsenenbildung. Es fällt auf, dass im Budget 2016 in verschiedenen Rubriken ein Loch klafft. Zusammengezählt sind bei der Erwachsenenbildung noch Fr. 7'500.00 eingestellt, 2015 waren es Fr. 13'440.00, das sind rund Fr. 5'000.00 weniger. Im Kommentarbüchlein liest man zum Thema Erwachsenenbildung nichts. Was sind das für Streichungen? Was ist hier betroffen? Diese Streichung geschah im Rahmen der Aufgabenüberprüfung: Ist es eine grössere oder eher kleinere Streichung?

Gemeinderätin Sabine Huber (FDP): Es stimmt, im Rahmen der Aufgabenüberprüfung hat man darauf verzichtet, dass die Kommission eigene Kurse durchführt, weil man festgestellt hat, dass die Kijufa fast das selbe macht. Der grösste Betrag, der wegfällt, ist der Regenbogenflyer mit dem Angebot der Volkshochschule, er wurde jeweils in die Haushalte verteilt. Eine Gemeinde ist ausgestiegen und der Flyer ist sehr teuer. Weil die Post nach Wohnorten oder Postleitzahl aussortiert werden muss, kostet das massiv mehr. Wir werden versuchen, die Kurs-Publikationen im Mitteilungsblatt Zollikofen erscheinen zu lassen.

GPK-Sprecherin Johanna Thomann (FDP): Seite 23, Konto 6150.3141.01, Unterhalt Strasse, Verkehrswege: Im Jahr 2017 sollen zehn Einlaufschächte saniert werden. Um die Grössenordnung zu erfahren, möchte die GPK wissen, wieviele hundert Einlaufschächte es in der Gemeinde gibt, wir haben noch keine Antwort erhalten.

Gemeinderat Peter Traber (SP): Die Gemeinde hat insgesamt 750 Einlaufschächte und diese zehn, die budgetiert wurden, sind ein Erfahrungswert.

Toni Oesch (fdU): Seite 30, unterste Zeile, Konto 9, Finanzen und Steuern: Wenn Sie die unterste Zahl im Budget 2015 anschauen, ist der Saldo rund 19,5 Mio. Franken. Aber im roten Büchlein sind es 14,2 Mio. Franken. Es stimmt also nicht. Auf Seite 31, 9102.4021.01, Liegenschaftssteuern: Dort sind die Grünen sicher enttäuscht, sie hatten einmal einen Vorstoss gemacht. Dort haben wir Liegenschaftssteuern von nur 1,8 Mio. Franken. Die Grünen wollten viel mehr. Eine Frage an den Gemeinderat: Weiss man, wann die Neuschätzungen der amtlichen Werte in der Gemeinde Zollikofen kommen? Wurde das bei der Finanzplanung berücksichtigt?

Gemeinderat Kurt Jörg (SVP): Die Liegenschaftssteuern sind im Finanz- und Investitionsplan nicht berücksichtigt. Gemäss Gemeindepräsident und Grossrat Daniel Bichsel wurde das Geschäft im Grossen Rat verschoben. Alles ist unklar und wir wissen weder, wann es behandelt wird, noch wann wir das berücksichtigen können.

Finanzverwalter David Portner: Es wurde noch die Frage bei Funktion 9 gestellt, wegen den 14 oder 19 Mio. Franken. Beim Nettoaufwand haben wir zusätzliche Abschreibungen von 5 Mio. Franken gemacht im 2015. Sie sind logischerweise in der blauen Broschüre im Jahr

2015 nicht berücksichtigt worden. Neu werden die Abschreibungen in der Funktion vorgenommen und nicht mehr gesammelt in Funktion 9.

GGR-Präsident Peter Bähler (SVP): Bitte nehmen Sie das grüne Dossier (Produktedefinition / Produktebudget 2017; Sekundarstufe I) zur Hand. Das Wort wird nicht verlangt. Somit haben wir die Detailberatungen abgeschlossen und kommen zu den Schlussabstimmungen. Wir stimmen zuerst über Buchstabe B ab. Es geht hier um die Produktedefinition für den NPM-Bereich Sekundarstufe I. Dieser Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum. Die Stimmen müssen deshalb ausgezählt werden.

Beschluss (36 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen)

B) Unter Vorbehalt des fakultativen Referendums:

Die Produktedefinition für den NPM-Bereich Sekundarstufe I (HRM-Kontengruppe 2130) für das Jahr 2017 einschliesslich des damit verbundenen Nettoaufwandes für das Jahr 2017 von Fr. 347'280.00 werden, unter Vorbehalt der Zustimmung der Stimmberechtigten zum Budget 2017, genehmigt.

Beschluss (29 Ja, 7 Nein, 0 Enthaltungen)

C) Zu Handen der Volksabstimmung:

1. Für das Jahr 2017 werden die Steueranlagen wie folgt festgesetzt:
 - a) Ordentliche Steueranlage: Das 1,40fache der gesetzlichen Einheitsansätze
 - b) Liegenschaftssteuern: 1,0 ‰ des amtlichen Wertes
2. Das Budget der Erfolgsrechnung für das Jahr 2017 wird genehmigt.

GGR-Präsident Peter Bähler (SVP): Somit kommen wir nun zur Beratung der Botschaft.

GPK-Sprecherin Johanna Thomann (FDP): Die GPK dankt für den verständlichen Entwurf. Die Botschaft ist für die Bevölkerung und die Aussagen müssen deshalb korrekt sein. Aufgrund des gedrängten Zeitplans sind noch redaktionelle Fehler möglich. Für die Schlussredaktion ist nach dem GGR das Ratsbüro zuständig.

Toni Oesch (fdU): Was gut ist, muss man unterstützen und was schlecht ist, bekämpfen, das ist ein Prinzip. Auf Seite 2, die letzte Kolonne Rechnung: Das ist saubere Arbeit. Warum war das im blauen Heft nicht möglich?

Rudolf Gerber (SP): Seite 3: Im Kapitel "Was bringt das Budget 2017?" wird prominent an erster Stelle erwähnt, dass die meisten gemeindeeigenen Dienstleistungen weitergeführt werden. Wenn man hinten sucht, findet man aber nichts. Also sollte hinten ein Hinweis stehen, was weggelassen werden soll.

Bruno Vanoni (GFL): Das ist ein Punkt zu dem ich mich gerne äussern möchte und der mich dazu gebracht hat, einen Ergänzungsantrag zum Text auf Seite 2 zu stellen. "Weiterführung der meisten gemeindeeigenen Dienstleistungen". Ich habe beim Lesen der Botschaft alles vergessen, was vorher diskutiert wurde. Wenn ich den letzten Abschnitt auf Seite 3, linke Spalte unten lese und mich in die Lage des Stimmbürgers versetze, der die Vorgeschichte nicht kennt, wirkt dieser Abschnitt eigenartig. Man hat den Eindruck, dass das Defizit von Fr. 800'000.00 einfach mit Schulterzucken zur Kenntnis genommen wird.

Dem ist aber nicht so. Wir wissen, dass wegen der guten Ausgangslage der Finanzen das Defizit vertreten werden kann. Weil eben die Einnahmen des Verkaufs Betagtenheim beschlossen sind. Wir wissen auch, dass wir dieses Defizit vertreten können, weil wir versucht haben, zu sparen. Ich glaube, es ist meines Erachtens das erste Mal, dass der Gemeinderat bei den Budgetkorrekturen weiter gegangen ist als die Finanzkommission, er hat eine grössere Verbesserung erreicht. Wir wissen auch, dass eine Aufgabenüberprüfung eine kleine Verbesserung gebracht hat. Das muss man der Bevölkerung sagen. Nicht erst jetzt, wo aus drei Parteien Nein-Stimmen gekommen sind und im Hinblick auf die Budget-Abstimmung noch interessanter werden könnte als heute Abend hier drinnen.

Die Botschaft ist unvollständig und sollte ergänzt werden. Ich habe heute Nachmittag einen Vorschlag gemacht, ich lese ihn gerne vor. Der unterste Abschnitt auf Seite 3 könnte folgendermassen ergänzt werden: *"Der budgetierte Saldo der Erfolgsrechnung (Defizit von circa 0,8 Mio. Franken) ist aus Sicht der zuständigen Gemeindebehörden angesichts der bisher guten Finanzlage der Gemeinde und der 2018 erwarteten Einnahmen aus dem beschlossenen Verkauf des Betagtenheims (13,8 Mio. Franken) vertretbar. Die vom Gemeinderat begonnene Aufgabenüberprüfung hat zudem ergeben, dass kurzfristig keine weitere Reduktion des Fehlbetrags mehr möglich war. Immerhin hat die Aufgabenüberprüfung im Budget 2017 zu Einsparungen von rund Fr. 95'000.00 geführt, beispielsweise im Bereich der Eltern- und Erwachsenenbildung."* Mein Antrag ist, den Text der Zeile 42 anzuschliessen.

Marco Bucheli (SVP): Auf Seite 2 des Botschaftsentwurfs steht, dass man genauere Informationen auf der Verwaltung beziehen kann. Der Entwurf besteht bereits aus 19 Seiten, das stösst mir etwas auf. Die Bevölkerung wird kaum alle Seiten durchlesen wollen, in diesem Sinne bitte ich Sie, den Antrag abzulehnen.

GGR-Präsident Peter Bähler (SVP): Wir haben also zwei Anträge; der eine betrifft Zeile 11, der andere gilt ab Zeile 42. Wir stimmen entweder über die einzelnen Punkte ab oder wir nehmen es vom Büro entgegen und flechten es ein.

Hans-Jörg Rhyn (SP): Ich schlage einen Kompromiss vor. Man kann das erste Lemma, "Weiterführung der meisten gemeindeeigenen Dienstleistungen" weglassen. Der zweite Punkt ist wichtig, weil es hier auch schon geheissen hat, man hätte gar nichts unternommen. Entweder nimmt man die Erklärungen auf, wie es Bruno Vanoni gesagt hat oder man streicht das erste Lemma. Aber man kann es auch dem Büro überlassen.

Marcel Remund (FDP): Ein Rückkommen auf Seite 2. In der Tabelle ist der Finanzierungssaldo mit -4'081 Mio. Franken ausgewiesen, im blauen Buechli steht "Finanzierungsergebnis -4'056 Mio. Franken". Ist das eine Fehlüberlegung?

Finanzverwalter David Portner: Das muss ich anschauen.

Philip Steiner (SP): Ich habe das schon an der letzten Budgetdebatte gesagt: Es wäre gut, wenn man mit einer Fussnote die Begriffe HRM1 und HRM2 erklären könnten. Das würde dem Leser helfen.

GGR-Präsident Peter Bähler (SVP): Somit haben wir auf Seite 3 den Antrag von Bruno Vanoni. Die Bereinigung der Botschaft wird im Büro passieren. Wenn Sie der Meinung sind, dass der Antrag sinngemäss so aufgenommen werden kann, erheben Sie die Hand. Das ist die Mehrheit. Der erste Satz bleibt drin und wir machen noch eine Fussnote betreffend HRM.

Toni Oesch (fdU): Seite 6, Zeile 65 bis 75 betreffend Vergünstigung der Abonnementsgebühr. Ich mache einen Vorschlag, keinen Antrag. Es würde die Stimmbürger vielleicht interessieren, ob wir hier Geld gebraucht haben. Wieviel der Restbestand Spezialfinanzierung beträgt. Er betrug am 31. Dezember 2015 4,973 Mio. Franken. Das könnte man hinzufügen.

Bruno Vanoni (GFL): Seite 10, linke Spalte, Zeile 34: Dort wird eine Investitionstätigkeit für Sanierung/Neubau Aufbahrungshalle erwähnt. Wenn wir aber heute Abend so beschliessen, wie beantragt, muss man "Neubau" streichen.

GGR-Präsident Peter Bähler (SVP): Das werden wir morgen entsprechend ergänzen. Damit sind wir am Ende der Beratung. Ich frage an, ob Sie einverstanden sind, den Botschaftsentwurf mit den nötigen Bemerkungen, die das Büro aufnehmen wird, zu akzeptieren?

Beschluss (mehrheitlich)A) In eigener Kompetenz:

Der Botschaftsentwurf wird genehmigt.

Die Sitzung wird von ca. 21.15 – 21.30 Uhr unterbrochen.

54 25.321. Verpflichtungskredite

Sanierung Abdankungs- und Bestattungsgebäude; Verpflichtungskredit

GGR-Präsident Peter Bähler (SVP): Wird das Eintreten auf dieses Geschäft bestritten? Das ist nicht der Fall.

Gemeinderat Joseph Crettenand (SVP): Das Abdankungs- und Bestattungsgebäude ist sanierungsbedürftig. Die Gebäudehülle ist an verschiedenen Stellen undicht und nur ungenügend isoliert. Die technischen Installationen haben grösstenteils das Ende ihrer Lebensdauer erreicht. Der Gemeinderat unterbreitet Ihnen daher einen Kredit für eine Gesamtsanierung in der Höhe von Fr. 850'000.00.

Nebst den Instandhaltungsarbeiten wird auch der Betrieb neu organisiert. Alle Publikums- und Diensträume werden im Erdgeschoss untergebracht. Das Untergeschoss dient lediglich noch als Technik- und Lagerraum. Damit wird einerseits die beheizte Fläche verringert und andererseits die Behindertengängigkeit auf einfache Art und Weise erreicht.

Im Vorfeld hat sich der Gemeinderat vertieft mit dem Raumprogramm befasst. Dabei ist zu berücksichtigen, welche Leistungen die politische Gemeinde erbringen muss. Die Aufbahrung und die Bestattung muss dem Anlass entsprechend würdig stattfinden können. Die eigentliche Abdankung ist die Aufgabe der kirchlichen Organisationen oder von freischaffenden Trauerbegleitern. Der Gemeinderat hat daher vom Wunschbedarf nach einem zusätzlichen Abdankungsraum abgesehen. Die beantragte Sanierungslösung und die einhergehenden betrieblichen Anpassungen erachtet er als ausgewogen und nachhaltig. Ich bitte Sie, dem Antrag des Gemeinderates zuzustimmen.

Markus Dietiker (SP): Wie Sie sicher alle lesen konnten, ist die Abdankungshalle 1969 erstellt worden. Nach fast 50 Jahren drängt sich eine Renovation oder ein Neubau auf. Die bestehenden Gebäude haben gravierende Mängel und zwar an der Gebäudehülle, den Fenstern und dem Dach. Ein Neubau ist meines Erachtens unverhältnismässig teuer, ja sogar zu teuer mit einem Kostenvoranschlag von 1,5 bis 2 Mio. Franken.

Aus unserer Sicht ist die Renovation der Abdankungshalle gegenüber dem Neubau die beste und kosteneffizienteste Lösung. Trotzdem finde ich es schade, dass für Konfessionslose und Personen, die nicht in der Kirche Abschied nehmen wollen, kein zusätzlicher Raum geschaffen wurde. Zum Beispiel für 20 bis 30 Personen, damit die Angehörigen in Würde Abschied nehmen könnten.

Somit stimmen wir dem Verpflichtungskredit von Fr. 850'000.00 für die Sanierung trotzdem zu.

Marceline Stettler (GFL): Auch die GFL wird dem Projekt zustimmen, mit einer Bemerkung. Laut Punkt 3 des Sanierungsbeschriebes wird auf die geltenden Energiebestimmungen Rücksicht genommen. Wir nehmen doch an, dass dort nicht die verschärften Bedingungen, welche seit dem 1. September in Kraft sind, gemeint sind.

Patrick Heimann (FDP): Zum Bericht und Antrag zur Sanierung der Abdankungshalle, man könnte auch sagen "Aufbahrungshalle": Die Sanierung ist sicher notwendig und muss sich den neuen technischen und organisatorischen Abläufen anpassen. Es ist sinnvoll und zweckmäs-

sig, die bestehende Infrastruktur zu erneuern. Ob die Gebäudehüllen, insbesondere das Flachdach sanierungsbedürftig sind, da verlassen wir uns auf die Angaben im Antrag der Bauverwaltung.

Bei der Besichtigung ist uns aufgefallen, dass es düster und nicht einladend ist im Eingangsbereich. Das wirkt auf den Besucher eher abstoßend. Bei der Toilettenanlage im Aussenbereich ist ganz klar eine Sanierung vorzunehmen. Wir begrüßen im Antrag das neue Raumkonzept und die Aufteilung der Stockwerke in der Besucherzone im Parterre und auch, dass die Installationen und die Gebäudelogistik im Untergeschoss Platz finden. Vom Ablauf der Neugestaltung her ist sichergestellt dass Technik und Betrieb nicht den Weg mit den Besucherinnen und Besuchern kreuzen, welche in Würde und Stille Abschied nehmen möchten. Im Investitionsplan 2017 - 2021 ist bereits ein Baukredit von Fr. 750'000.00 vorgesehen. Der heutige Antrag beläuft sich aber auf Fr. 850'000.00, das sind zusätzliche Fr. 100'000.00. Das gab in unserer Fraktion Anlass zu Spekulationen. Mit der Sanierung der Aufbahrungshalle erwarten wir eine Werterhaltung der bestehenden Anlage am heutigen Standort und eine zeitgemässe Infrastruktur. Die Fraktion dankt den Verfassern für die Erstellung des Antrages und für die Erläuterungen und wird dem Geschäft mehrheitlich zustimmen.

Karin Walker (EVP): Ich möchte, ähnlich wie Markus Dietiker, darauf hinweisen, dass ein Drittel der Menschen, die eine Abdankung möchten, nicht Kirchenmitglieder sind. Deshalb ist es schade, dass kein Raum zur Verfügung gestellt wird. Denn diese Personen möchten weder in der reformierten noch in der katholischen Kirche Abdankungsfeiern halten. Im Weiteren ist es schade, dass die Pfarrerinnen und Pfarrer nicht miteinbezogen wurden, um die Bedürfnisse genauer abzuklären. Ich war an der Sitzung des Bestatterausschusses und das wurde bemängelt.

Johanna Thomann (FDP): Auch ich nehme das Unbehagen von Markus Dietiker und Karin Walker auf. Ich habe einen Text vorbereitet, den ich hier kundtun möchte:

Ab 1970 konnte die Aufbahrungshalle genutzt werden. Fast 50 Jahre ist es her, dass man mit der Planung begonnen und gebaut hat. Das waren noch Zeiten: Die Kirche stand noch mitten im Dorf und der Aufbruch in die moderne Welt begann in Zollikofen erst langsam.

Seither hat sich einiges verändert. Auf dem Friedhof, im Alltag und im Zusammenleben. Zum Beispiel hat es auf dem Friedhof unter anderem neue Urnengräber gegeben, weil die alte Anlage den veränderten Bedürfnissen nicht mehr genügt hat.

Im öffentlichen Raum wurde die Infrastruktur gewaltig angepasst. Die Trottoirs, Strassen, Bahnen und Busse wurden laufend dem schneller werdenden Alltag und dem Bedürfnis nach Vernetzung und sicherer Mobilität angepasst. Zollikofen hat seine Aufgaben gemacht.

Auch die Schulhäuser und Kindergärten haben sich verändert. Sie wurden erweitert, man trug dem neuen Lehrplan Rechnung und gab den neuen Unterrichtsformen den nötigen Raum. Kurz, man hat sich den Bedürfnissen der heutigen Zeit, von Lehrerinnen und Lehrern, Kinder und Eltern, angepasst. Auch hier zeigt sich Zollikofen von einer guten Seite.

Bei der Eröffnung und Einrichtung von Kita und Tagesschule hat Zollikofen rechtzeitig wahrgenommen, dass die Familienstrukturen aufbrechen und dass familienergänzende Massnahmen vor Ort nötig sind.

Und heute, bei der nötigen Sanierung der Aufbahrungshalle, im Bericht und Antrag verstehe ich den Gemeinderat nicht. Ich lese: *"...Die eigentliche Abdankung ist die Aufgabe der kirchlichen Organisationen oder von freischaffenden Trauerbegleitern. Die Kirche der reformierten Kirchgemeinde steht in der unmittelbaren Umgebung der Friedhofanlage, jene der römisch-katholischen Kirchgemeinde ist in Fussdistanz erreichbar..."*

Da bin ich der Meinung, dass der Gemeinderat seine Aufgaben nicht gemacht hat: Von den aktuell 10'407 Einwohnerinnen und Einwohnern Zollikofens gehören 3'832 Personen weder der reformierten noch der katholischen Kirchgemeinde an. Und darum finde ich diese Sätze etwas oberflächlich und billig.

Es ist dem Gemeinderat vermutlich entgangen, dass fast 40 % der Menschen in Zollikofen ihre rituellen und sakralen Bedürfnisse in den letzten 50 Jahren verändert haben.

Ich bin der Meinung, dass Zollikofen hier noch etwas nachdenken und nach Lösungen suchen sollte. **Ich beantrage deshalb, dass das Geschäft zurückgewiesen wird** und wir uns vom

Gemeinderat einen Vorschlag unterbreiten lassen, was für einen seriösen, zielgerichteten Raumplan er für die veränderte Situation hat, so dass man zum Lösungsansatz 4.1 auch gleich den Leitsatz 4 *"Wir finden in der Nähe, was wir zum Leben brauchen."* miteinbezieht. Ich danke für das Zuhören und die Unterstützung.

Gemeinderat Joseph Crettenand (SVP): Zur Frage der GFL, *"Laut Punkt 5 Sanierungsbeschreibung wird auf die geltenden Energiebestimmungen Rücksicht genommen. Sind damit die seit 1.9.2016 verschärften Bedingungen berücksichtigt?"* kann ich folgendermassen beantworten: Die vorliegende Sanierung wurde noch auf Grund der „alten“ Vorschriften ausgearbeitet, da zum Zeitpunkt der Kostenermittlung die neue Energieverordnung noch nicht bekannt war. Das Projekt kann aber auch nach der neuen, seit 1. September 2016 in Kraft stehenden Energieverordnung, im vorgesehenen Rahmen ausgeführt werden. Da es sich um eine Sanierung und nicht um einen Neubau handelt, sind die Differenzen sehr klein und führen nicht zu kostenrelevanten Auswirkungen.

Zur Bemerkung von Markus Dietiker: Mit der Sanierung werden wir einen Raum für rund 20 Personen haben. Das muss auch gesagt werden.

Karin Walker hat gesagt, die Bestatter seien in der Planung nicht mitberücksichtigt worden: Das stimmt nicht. Es war ein Bestatter dabei.

Zur Bemerkung von Johanna Thomann. Es ist nicht richtig, dass die Gemeinde keine Abdankungshalle zur Verfügung stellt. Wir haben einen Neubau geprüft und sie konnten in den Schlussbemerkungen des Gemeinderates lesen: *"Nebst der Sanierung des Untergeschosses ist dazu ein Neubau im Erdgeschoss nötig, was zu Gesamtkosten von rund 2 Mio. Franken führt."* Wir haben heute Abend über Ausgabenreduktionen diskutiert und hier will man das Doppelte ausgeben. Ich begreife die Welt nicht mehr.

GGR-Präsident Peter Bähler (SVP): Gemäss Artikel 30 GOGGR wird nun über den Rückweisungsantrag abgestimmt.

Beschluss

Der Rückweisungsantrag von Johanna Thomann wird abgelehnt (3 Stimmen für Rückweisung, 25 Stimmen dagegen).

GGR-Präsident Peter Bähler (SVP): Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Beschluss (30 Ja, 0 Nein)

Der Verpflichtungskredit von Fr. 850'000.00 (inkl. MWST) für die Sanierung des Abdankungs- und Bestattungsgebäudes wird zu Lasten der Investitionsrechnung (Konto 7710.5040.01) bewilligt.

55 25.321. Verpflichtungskredite

Böschungs-, Bachbett- und Stützmauersanierung Chräbsbach; Teilstück historische Fussgängerbrücke bis Restaurant Reichenbach; Verpflichtungskredit

GGR-Präsident Peter Bähler (SVP): Das Geschäft hat zwei Teile: bei Punkt A geht es um eine Kenntnisnahme in eigener Kompetenz, worüber wir abstimmen. Punkt B unterliegt dem fakultativen Referendum, dort werden wir auszählen. Wird das Eintreten auf dieses Geschäft bestritten? Das ist nicht der Fall. Die GPK hat das Wort.

Gemeinderat Peter Traber (SP): Im Zusammenhang mit der Behandlung des Geschäftes "Instandstellung der Fussgängerbrücke über den Krebsbach" informierten wir im Parlament am 25. Juni 2014, dass für die Böschungs- und Bachbettsanierung zu einem späteren Zeitpunkt ein Verpflichtungskredit beantragt wird. Das Geschäft liegt nun vor. Beim vorliegenden

Projekt sollen Böschung, Bachbett und Stützmauer im Bereich Fussgängerbrücke bis zur oberen Brücke vor dem Restaurant Reichenbach saniert werden. Ziel der Sanierung sind die Sicherung der Böschung und das Verhindern von Erosionen im Nahbereich der Fussgängerbrücke, die Sicherung der Brückenaufgabe und des Brückensockels im Gerinne. Zudem sind die Bachbettsanierung und ökologische Aufwertung, der Hochwasserschutz und die Sicherung der Stützmauer Ziele.

Die Realisierung erfolgt mit einem Projekt an dem die Firma Hofweber beteiligt ist. Ergänzend zwei Informationen: Die Baubewilligung für das Sanierungsprojekt Gemeinde zusammen mit der Firma J. Hofweber & Cie. AG ist erteilt worden. Die Vorbereitungsarbeiten für den Vertrag mit der Firma Hofweber sind abgeschlossen. Die Firma ist mit der vorgelegten Vertragsversion einverstanden und sobald das Geschäft vom Parlament genehmigt ist, kann der Vertrag abgeschlossen werden. Dies würde bei der Zustimmung des Geschäftes im November erfolgen. Wichtig zu wissen ist, dass mit dem vorliegenden Projekt der Bereich Fussgängerbrücke bis zur oberen Brücke beim Restaurant Reichenbach saniert wird. Das läuft dem Projekt "Regionaler Richtplan Aareschlaufe" nicht zuwider. Danke für Ihre Aufmerksamkeit, es würde uns freuen, wenn Sie dem Projekt zustimmen.

Marco Bucheli (SVP): Wir kommen ans Ende unserer GGR-Sitzung. Es wäre schön, wenn es sich mit dem Krebsbach ähnlich verhalten würde. Er hat uns in der Vergangenheit beschäftigt und wird es auch in der Zukunft tun, zum Beispiel mit dem Thema "Brücken". Somit wäre der Titel "Teilstück" richtig. Wenn wir so zustimmen, wäre noch eine halbe Million Franken übrig, wie es im Investitionsplan vorgesehen ist, den wir heute Abend zur Kenntnis genommen haben.

Es ist richtig, dass wir hier etwas machen, zumal sich Dritte finanziell beteiligen. Es ist auch gut, in Bezug auf die Renaturierung Synergien nutzen zu können. Beim Gewässerbau stellt sich immer die Frage, wieviel in die Natur eingegriffen werden soll. Die SVP-Fraktion stimmt dem Geschäft einstimmig zu und hofft, dass im von uns allen geschätzten Naherholungsgebiet danach etwas Ruhe einkehrt.

Hans-Jörg Rothenbühler (BDP): Ich möchte den Verfassern danken, das Papier ist gut verständlich. Ich wohne dort und es ist bitter nötig, dass dort etwas getan wird. Ich finde die Lösung mit der Firma Hofweber sehr gut. Die BDP-Fraktion wird dem Geschäft ebenfalls zustimmen.

Stefan Stock (FDP): Zum einen geht es um die Sanierung der Stützmauer, welche die Firma Hofweber selbst bezahlt, ausführt und entsprechend die Bauherrin ist. Mit einem Werkvertrag kann die Gemeinde den Erfolg dieser Sanierung absichern. Wir hoffen, dass dies entsprechend geschehen ist.

Zum anderen geht es um die Sanierung des Bachbetts, wo sich die Gemeinde und die Firma Hofweber die Kosten hälftig teilen, die Arbeiten aber unter der Bauherrschaft der Gemeinde laufen. Die Nettoinvestition der Gemeinde beläuft sich inkl. Subventionen nach meiner Berechnung auf ca. 400/m Franken, was unseres Erachtens teuer genug ist. Ob die Zahl stimmt, ich bin nicht ganz sicher.

Das Geschäft ist unbestritten. Mit Erstaunen nehme ich vom Votum von Peter Traber zur Kenntnis, dass offenbar bereits eine Baubewilligung erteilt wurde, noch bevor das Parlament das Geschäft bewilligt hat.

Bruno Vanoni (GFL): Es geht um einen Bruttokredit von mehr als 1 Mio. Franken. Hier sei es uns erlaubt, noch ein paar Fragen zu stellen, auch wenn die Zeit fortgeschritten ist und alle gerne Feierabend hätten.

Ich sagte 1 Mio. Franken. Wenn man allerdings die Beiträge des Grundeigentümers, des Kantons und des Kantonalen Renaturierungsfonds abzieht, bleiben noch Fr. 362'500.00 für die Gemeinde übrig. Könnte man die Kosten der Gemeinde noch weiter senken, indem man dem Ökofonds der BKW auch noch ein Gesuch stellen würde? Vor allem, wenn das mit einer ökologischen Aufwertung des Krebsbaches mitbegründet würde. Eine Abklärung würde sich lohnen, und wenn es bereits abgeklärt ist, bin ich froh, etwas darüber zu erfahren.

Die zweite Frage zum Projekt hat sich für uns aus der Vorgeschichte ergeben. Peter Traber erwähnte, dass das Geschäft im Jahr 2014 angekündigt wurde. Allerdings ist die Vorgeschichte noch älter. 2011 wurde ein Antrag zur Sanierung der Fussgängerbrücke und der Böschungssanierung gestellt. Beides wurde zurückgewiesen. Wir äusserten schon damals Bedenken gegen den Vorschlag Böschungssanierung mit Grobsteinverbau. Sie kam uns grob und steril vor. Wir baten darum, eine ingenieurbioologische Alternative zu prüfen. Das Projekt wurde aber nicht weiterverfolgt.

2014 war die Brückensanierung im GGR. Der Gemeinderat erklärte, dass die Sicherung der Böschung mit Blocksteinen nicht gemacht werden könne, weil das von der Denkmalpflege aus Rücksicht auf die Brücke nicht akzeptiert werde. Der Gemeinderat kündigte ebenfalls an, die Böschungssanierung werde im Rahmen der Krebsbachrevitalisierung umgesetzt und dann könne man ingenieurbioologischen Anforderungen gerecht werden, also ein Projekt realisieren, das mit Natur- und Denkmalschutz verträglich sei. Wird das neue Projekt diesen Anforderungen gerecht und von den zuständigen Fachstellen unterstützt?

Bei der Beratung Brückensanierung wurde gesagt, die Subventionsbeiträge könnten im besten Fall 80 % der effektiven Baukosten ausmachen. Warum sind es nun deutlich weniger?

Im Bericht und Antrag steht, eine allfällige Renaturierung der Krebsbachmündung werde weder präjudiziert noch verunmöglicht. Wenn man den Situationsplan anschaut und ihn mit Planskizzen für die Renaturierung vergleicht hat man den Eindruck, dass der unterste Teil der neuen Stahlbetonmauer den Gestaltungsspielraum für die Renaturierung einengt, also doch etwas präjudiziert. Um das zu vermeiden, müsste der Perimeter des Projektes etwas verkürzt werden.

Unsere Bitte: Wäre der Gemeinderat bereit, dies nochmals etwas genauer anzuschauen und vor allem dafür zu sorgen, dass wirklich kein Präjudiz passiert? Wir sind grundsätzlich bereit, den Kredit zu unterstützen, wenn die Antworten auf die gestellten Fragen zufriedenstellend ausfallen, ansonsten überlegen wir es uns neu.

Gemeinderat Peter Traber (SP): Zur ersten Frage, ob der Ökofonds Beiträge leisten könnte: Als die Lieferanfrage einging, war das Geschäft in Vorbereitung. Der Antrag an den Ökofonds der BKW Energie AG ist vorbereitet und wird nach Kreditbeschluss eingereicht. Sonst gibt es keine weiteren Beiträge, die zu erwarten sind.

Die zweite Frage betreffend Verwendung der Steine Böschungssanierung und ob das mit der Denkmalpflege abgesprochen wurde, kann folgendermassen beantwortet werden: Es ist abgesprochen und bezüglich Steingrösse hat die Denkmalpflege Auflagen gemacht: Es sind möglichst kleine Blocksteine einzubauen. Sie müssen eine ähnliche Farbe haben und die dritte Vorgabe ist, dass die Anordnung im Böschungsquerschnitt mit einer Abtretung erfolgen muss. Zur Frage, wieso der Subventionsbeitrag des Kantons nur noch 33 % beträgt und man im Jahr 2014 bestenfalls von 18 % sprach. Die erwähnten maximalen Subventionen von 80 % setzen sich aus den Beiträgen des Kantonalen Tiefbauamtes, des Kantonalen Renaturierungsfonds und dem Ökofonds der BKW Energie AG zusammen. Beim vorliegenden Projekt sind aber nur die Bestandteile der Bachbettsanierung als beitragsberechtigt eingestuft worden.

Zum letzten Punkt: Das habe ich bereits einleitend erwähnt. Aufgrund unserer Abklärungen gehen wir davon aus, dass das dem vorliegenden Projekt, welches vom Bereich Fussgängerbrücke bis zur Brücke beim Restaurant Reichenbach saniert wird, dem regionalen Richtplan nicht zuwiderläuft.

Stefan Stock (FDP): Ich möchte vom Gemeinderat wissen, was die genauen Nettoinvestitionen sind. Bruno Vanoni kam auf Fr. 360.00/m, ich auf Fr. 400.00/m. Ich möchte wissen, was die Gemeinde effektiv zahlt, inklusive Abzug des Beitrages durch die Firma Hofweber und die Subventionen der öffentlichen Stellen.

Gemeinderat Peter Traber (SP): Wir kommen auf Nettoinvestitionen von Fr. 362'500.00. Bruno Vanoni, haben wir richtig gerechnet?

Bruno Vanoni (GFL): Ja.

Beschluss**A) In eigener Kompetenz:**

Vom Beitrag der J. Hofweber & Cie. AG von Fr. 614'500.00 wird Kenntnis genommen.

B) Unter Vorbehalt des fakultativen Referendums:

Der Verpflichtungskredit von Fr. 1'086'000.00 für das Gesamtprojekt Böschungs-, Bachbett- und Stützmauersanierung Chräbsbach, Teilstück historische Fussgängerbrücke bis Restaurant Reichenbach, wird zu Lasten der Investitionsrechnung bewilligt (34 Ja, 0 Nein, 2 Enthaltungen).

56 25.321. Verpflichtungskredite

Sanierung Augsburgstrasse; Verpflichtungskredite

GGR-Präsident Peter Bähler (SVP): Wird das Eintreten auf dieses Geschäft bestritten? Das ist nicht der Fall.

Gemeinderat Peter Traber (SP): Die Augsburgstrasse ist in einem sanierungsbedürftigen Zustand. Die Strasse hat Risse, Belagsflicken und bei den Wasserleitungen kommt es immer wieder zu Leitungsbrüchen. Mit dem vorliegenden Projekt sollen im Bereich der Augsburgstrasse die Strasse saniert werden, die öffentliche Beleuchtung verbessert, die Wasserleitungen ersetzt und die Abwasserentsorgung soll optimiert werden. Die Details sind im Dokument beschrieben. Zur Beleuchtung habe ich ergänzende Bemerkungen: Bei der Beleuchtungsoptimierung hat der Gemeinderat an seiner Sitzung von letzten Montag entschieden, dass anstelle der ursprünglich geplanten zusätzlichen fünf Leuchten nur zwei neue Leuchten installiert werden sollen. Daraus ergeben sich in der Position Kandelaber und Beleuchtung Minderkosten von Fr. 10'000.00. In der GGR-Vorlage sind dafür Fr. 30'000.00 ausgewiesen. Sie reduzieren sich somit auf Fr. 20'000.00. Das hat zur Folge das der Punkt 1 im Beschluss des Verpflichtungskredits von Fr. 672'000.00 auf Fr. 662'000.00 reduziert werden kann. Zur Energieeffizienz: Die im Projekt eingesetzten Leuchten sind mit einer zweistufigen Absenkung vorgesehen. Die Beleuchtungsstärke wird um 22.00 Uhr nachts auf 70 % reduziert und von 01.00 bis 05.00 Uhr auf 30 %. Die Leuchten sind nicht mit einem Bewegungsmelder ausgestattet und bleiben damit auf dem jeweiligen Absenkungsgrad. Mit diesen Absenkungen und den energieeffizienten Leuchten benötigen die neuen Anlagen trotz zusätzlicher Leuchten jährlich 245 Kilowattstunden weniger Energie. Danke für Ihre Aufmerksamkeit, es würde uns freuen, wenn Sie dem Geschäft zustimmen würden.

Rudolf Gerber (SP): Wir haben das Geschäft in der Fraktion studiert. Die Argumente überzeugten, das ganze Geschäft ist stichhaltig und wir stimmen ihm zu.

Samuel Tschumi (SVP): Dass die Strasse sanierungsbedürftig ist, haben wir eindrücklich sehen können. Wir haben das Geschäft beleuchtet und aufgrund der berechneten Lage bei der Beleuchtung können auch wir zustimmen.

Peter Kofel (GFL): Wir danken für die Ausarbeitung des Vorschlages. Wir finden das Sanierungsprojekt angemessen und werden grundsätzlich zustimmen. Eine Anmerkung zur Beleuchtung, die Frage wurde aber weitgehend schon beantwortet. Die Frage betrifft die LED-Beleuchtung und die automatische Abdunkelung. Zweitens sind wir gegen mehr Licht und finden, dass in den Quartierstrassen eine punktuelle Ausleuchtung genügt.

Patric Magnani (FDP): Eine komplette Sanierung der Augsburgstrasse erachten wir als nötig. Wie man den Bildern entnehmen kann, ist der Strassenbelag stark beschädigt. Deshalb dringt Wasser in den Untergrund. Noch viel schlimmer ist der Zustand der Wasserversorgung. Es gab schon drei Leitungsbrüche. Ein Ersatz der Druckwasserleitung ist deshalb dringend nötig. Das einzige, was uns im Antrag fehlt, ist ein Beleuchtungsplan der Augsburgstrasse.

Es ist der FDP ein wichtiges Anliegen, dass die Gemeinde Zollikofen eine gute Infrastruktur bereitstellt und dass dazu Sorge getragen wird. Die FDP-Fraktion stimmt deshalb dem Verpflichtungskredit mehrheitlich zu.

Markus Hadorn (BDP): Auch wir werden dem Antrag zustimmen, haben aber eine Frage betreffend Abwasserentsorgung. Dort seien die Leitungen in einem guten Zustand. Wenn man aber von Gemeindeseite her Videos macht, werden da auch die privaten Queranschlüsse angeschaut und die Leute benachrichtigt?

Gemeinderat Peter Traber (SP): Die Frage von Peter Kofel ist beantwortet. Die Frage wegen der privaten Queranschlüsse nehme ich entgegen und schaue es mit den Spezialisten an.

Beschluss (einstimmig)

1. Der Verpflichtungskredit von Fr. 662'000.00 für die Strassensanierung zu Lasten der Investitionsrechnung (Konto 6150.5010.08) wird bewilligt.
2. Der Verpflichtungskredit von Fr. 479'000.00 für den Ersatz der Wasserleitung wird zu Lasten der Investitionsrechnung Wasserversorgung (Konto 7101.5031.07) bewilligt.

57 25.321. Verpflichtungskredite

Ersatz Informatikausrüstung für die Primarstufe Zollikofen; Abrechnung Verpflichtungskredit

GGR-Präsident Peter Bähler (SVP): Das Eintreten ist vorgegeben.

Gemeinderätin Sabine Huber (FDP): Die Abrechnung hat leicht besser abgeschlossen als der Verpflichtungskredit, allerdings höher als die Vergabe. Ich habe gehört, es hätte besser geplant werden müssen. Es ist immer so eine Sache mit Verpflichtungskrediten. Sie basieren auf einer Richtofferte und stimmen manchmal nicht mehr ganz überein mit der eingegangenen Richtofferte oder Vergabe. Von fünf Firmen haben drei eine Offerte eingegeben. Die Geräte konnten günstiger beschafft werden, weil wir nicht den absoluten Top-Level benötigten und sind auch so noch sehr gut. Wir hätten uns also freuen können, aber zu früh. Es gab Probleme mit der Kompatibilität. Es ist weder voraussehbar noch planbar gewesen, dass ein Teil der Access-Points mit den neuen Geräten nicht kompatibel war. Also verursachten das Beschaffen und Installieren schlussendlich Mehrkosten von rund Fr. 26'400.00. Wir bitten Sie, die vorliegende Abrechnung zur Kenntnis zu nehmen.

Markus Bacher (FDP): Wir haben gelernt, dass wir haushälterisch mit den Finanzen umgehen müssen. Das Geschäft schliesst positiv ab, das macht Freude, wenn wir die Zahlen anschauen. Wenn man aber anfängt zu lesen, wird einem schon etwas weh. Eine professionelle Evaluation mit einer professionellen Firma, wie auf der Homepage zu lesen ist. Eine Annahme, die auf sechs Jahre alten Daten beruht - in der Informatik ist das historisch. Der Preiszerfall in den letzten sechs Jahren beträgt 35 bis 50 %. Produkte, die älter als vierjährig sind, rufen nach Interkompatibilität. Bei diesem Geschäft ist es zwar schön, dass es "aufgegangen" ist, aber es ist wohl mehr Zufall als professionelles Vorgehen. Sei es in der Zusammenarbeit zwischen Gemeinde und Dienstleister oder gegenüber dem Dienstleister. Hier gibt es bei künftigen Informatikgeschäften sicher Potential.

Hans-Jörg Rothenbühler (BDP): Als Informatiker schlage ich in die gleiche Bresche wie Markus Bacher. Es ist immer schön, wenn das Budget unterschritten wird. Ich habe aber gesehen, dass 24 Access-Points à Fr. 376.00 bestellt wurden. Das ist nicht gerade ein Kommunalfahrzeug, aber es sind Luxusausführungen, da hätte es sicher noch Günstigeres gegeben. Darauf will ich aber gar nicht herumhacken. Wenn man den Schlussbetrag sieht, auch wenn man Kategorie 6-Kabel wechseln musste, hat uns so ein Access-Point über Fr. 800.00 gekostet. Da hat sich einer eine goldene Nase verdient. Soviel zum Sparen. Wir werden das Geschäft

abnicken, aber bei IT-Projekten wird die BDP, auch mit den anderen Kollegen und Kolleginnen zusammen, mehr Acht geben.

Dubravka Lastric (GFL): Wir nehmen die Unterschreitung der Kosten zur Kenntnis. Aber im Hinblick auf kommende Beschaffungen stellt sich die Frage, ob die Gemeinde und die Schulleitung über ein Informations- und Kommunikationstechnologie-Konzept verfügen? Auf der Webseite der Erziehungsdirektion des Kantons vom 12. August 2016 gibt es eine Medienmitteilung mit dem Titel "Bedeutung von Medien und Informatik im Unterricht". Dort gibt es Empfehlungen für Schulen und Gemeinden. Haben wir so ein Konzept?

Gemeinderätin Sabine Huber (FDP): Die Sekundarstufe hat bereits ein Konzept, das wurde beim Controlling auch genannt. Es ist nicht ganz neu und der Gemeinderat hat den Auftrag bereits erteilt, dass es angepasst wird.

Dubravka Lastric (GFL): Habe ich richtig verstanden, die Primarstufe hat noch kein Konzept?

Gemeinderätin Sabine Huber (FDP): Der Auftrag gilt für beide Stufen.

Bruno Mosimann (SP): Ich hätte auch noch eine Frage: Wieso werden verschiedene Konzepte gemacht?

Gemeinderätin Sabine Huber (FDP): Es gibt dann nur noch eins.

Beschluss

Die Abrechnung mit Kosten von Fr. 233'137.35 und einer Unterschreitung von Fr. 8'862.65 wird zur Kenntnis genommen (Konto 210.506.06).

58 1.92. Parlamentarische Vorstösse

Parlamentarische Eingänge

GGR-Präsident Peter Bähler (SVP): Wir kommen zu den parlamentarischen Eingängen, das Wort hat Rudolf Gerber für eine kurze Erklärung.

Rudolf Gerber (SP): Ich wollte Anfangs dieses Jahres einen parlamentarischen Vorstoss einreichen, damit die Badesaison im Hirzenfeld verlängert wird. Bevor ich ihn einreichte, führte ich mit Gemeindepräsident Daniel Bichsel ein Gespräch, er vertritt uns im Trägerverein. Er sagte, ich solle zuwarten, er würde das einbringen und man würde es besprechen. Ich tat, wie geheissen. Im September hing bereits ein Anschlag, dass die Badesaison um zwei Wochen für die Schwimmer verlängert werde, von 19. September auf 2. Oktober. Es hat sich auch gelohnt, es waren fantastische, warme zwei Wochen. Die Reaktionen waren positiv. Ich möchte dem Gemeindepräsidenten und der Crew ganz herzlich danken, dass es auch möglich war, im Gespräch etwas zu bewegen, ohne parlamentarischen Vorstoss.

Ich möchte noch etwas zu den Kosten betreffend Budget und Finanzplan sagen. Es hat keine zusätzlichen Personalkosten gegeben, weil es keine Aufsicht gegeben hat. Die Leute waren sowieso dort wegen Abschluss- und Vorbereitungsarbeiten für die Eisbahn. Betriebskosten gab es, aber im Gegenzug wurde verlangt, dass ein zusätzliches Abo genutzt werden muss. Das heisst, man hat Mehreinnahmen gehabt und hofft, damit die Betriebskosten abdecken zu können. In dem Sinne finde ich es schön, dass das möglich gewesen ist und hoffe, dass es auch nächstes Jahr wieder möglich ist.

GGR-Präsident Peter Bähler (SVP): Markus Hadorn, sollen wir Ihre Frage wegen der privaten Anschlüsse als Einfache Anfrage behandeln, oder reicht es, wenn die Verwaltung in den nächsten Tagen Bescheid gibt?

Markus Hadorn (BDP): Das reicht.

GGR-Präsident Peter Bähler (SVP): Damit sind wir am Ende dieser Sitzung angelangt.

Toni Oesch (fdU): Wir sind immer noch beim Traktandum "Eingänge". Ich habe folgende Einfache Anfragen:

- "Baubeginn Lättere"
- "Kindergärten/Land Lindenweg, Verwendungszweck"

An der letzten Sitzung haben wir ebenfalls eine Einfache Anfrage eingegeben. In der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates heisst es im Artikel 40, Absatz 5, dass man Einfache Anfragen sofort beantworten kann oder an der nächsten Sitzung. Das ist eine zwingende Vorschrift, aber der Gemeinderat setzt sich darüber hinweg.

Wegen der Verhältnismässigkeit muss ich Ihnen sagen, dass die Präsidialabteilung unseren Kandidaten auf der Wahlliste gestrichen hat. Er hat schon vor vier Jahren kandidiert und sich per Mail mit einer neuen Foto und neuem Lebenslauf angemeldet. Es wurde dem Gemeindegemeinschafter weitergeleitet. Die Anmeldung wurde nicht akzeptiert, weil er bei der Kandidatur nicht handschriftlich unterschreiben konnte. Wir haben kein Gut zum Druck gegeben, auf der Wahlliste ist der Name nicht drauf. Das gibt einen Salat beim Auszählen, das akzeptieren wir nicht. Einerseits werden Vorschriften missachtet und andererseits ist man pingelig und streicht Kandidaten.

GGR-Präsident Peter Bähler (SVP): Will sich der Gemeinderat äussern? Das ist nicht der Fall.

Die nächste Sitzung findet am 23. November statt. Wegen des anschliessenden Jahresabschluss-Essens beginnt die Sitzung bereits um 17.30 Uhr, die Traktandenliste ist leider nicht ganz leer.

Wir wären froh, wenn die Mitglieder des Ratsbüros nach vorne kommen könnten, wegen der morgigen Sitzung. Ich habe wieder in die Zitatesammlung geschaut. Heute Abend hatten wir Themen wie Budget und Defizit. Ich fand zwei Zitate. Eines von Magister Willhelm Molterer aus Österreich und das andere von David Ricardo, einem britischen Ökonomen.

Molterer meinte: *"Für manche ist das Budget wie ein Bankomat, der im Himmel gefüllt und auf Erden geleert wird."*

Und Ricardo schrieb: *"Die Defizite von heute sind die Steuern von morgen."*

Ich danke allen für das disziplinierte und speditive Mitmachen und wünsche eine gute Nacht. Die Sitzung ist geschlossen.